

# Lohnfortzahlung bei Arbeitslosigkeit oder Abschaffung des Sozialstaats

Aus einer Diskussion  
vor zehn Jahren  
in einem nicht mehr existierenden Forum  
zum noch nicht existierenden  
bedingungslosen Grundeinkommen.

## I

Der „Revolutionär-Sozialistische Bund“ (RSB)<sup>1</sup> ist gegen das „Bedingungslose Grundeinkommen“ (BGE):

- Weil dann keiner mehr schaffen würde.
- Das BGE sei „unsolidarisch“, weil dann ein nichtstuender Erwerbsloser mit Familie ein höheres Einkommen bezöge als ein Stahlarbeiter „für seine Maloche.“(S.11) — In ganz Deutschland beklagen seit Jahren andere revolutionäre Sozialisten von der CDU, der SPD und der NPD, dass arbeitslose Nichtstuer mit einem Stall voll Kindern fast genauso viel Geld haben wie stahlarbeitende Malocher. (Und sie haben nicht Unrecht. Nur schließen sie daraus nie, dass die Löhne zu niedrig, sondern dass die „Transferleistungen“ zu hoch sind.)
- „Und das alles auf unsere Kosten! Von unseren Steuergeldern!“  
Nicht anders als jeder bildzeitunglesende „malochende“ Hanebembel kann es der RSB nicht gutheißen, wenn eine/r lieber faulenzet als einen „Beitrag zur Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums zu leisten.“ (S. 10)

Die „Revolutionären Sozialisten“ sind, wie alle gesellschaftlich relevanten Kräfte der Meinung, dass die „Arbeiterklasse“ den „gesellschaftlichen Reichtum“ produziert. In Wirklichkeit produzieren die real existierenden Lohnarbeiter jedoch keinen „gesellschaftlichen Reichtum“, sondern Kapital, und das ist genau das Gegenteil von gesellschaftlichem Reichtum, nämlich **privater Reichtum**.

---

<sup>1</sup>Der inzwischen nicht mehr existierende RSB ist hervorgegangen aus der „Gruppe Internationaler Marxisten“, ein welches Blatt vom Baum der kommunistischen Weltbewegung.

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) ist in der Tat widersprüchlich:

a) Ist das „bedingungslose Grundeinkommen“ wirklich **bedingungslos**, dann kriegt es jeder, auch der Unternehmer, der es gar nicht braucht, und der fleißige Stahlarbeiter. Damit bliebe aber auch der Einkommensabstand zwischen dem stahlarbeitenden Malocher und dem Erwerbslosen gewahrt, der diesen „revolutionären Sozialisten“ so am Herzen liegt. Die Sorge des RSB wäre unbegründet.

b) Ist das BGE **nicht völlig bedingungslos**, dann bleiben wir bei der real existierenden Armenpflege. Ob man sie jetzt Armenfürsorge, Wohlfahrt, Sozialhilfe, Hartz IV, Grundversicherung, negative Einkommenssteuer oder eben BGE nennt, ist wurscht. Dann hat der RSB natürlich recht, dann würde der fleißige Stahlarbeiter nichts davon kriegen. Für die Erwerbslosen wäre auch dieses BGE (das allerdings nicht „bedingungslos“ wäre) eine Verbesserung, weil es **pro Person** bezahlt wird, nicht als Familienzuschuss. Jedenfalls so, wie es sich die Bewegung ausrechnet.

(Der RSB hat's auch ausgerechnet: 850 Euro netto pro Nase plus Warmmiete. „Das Kindergeld würde von 154 Euro auf 850 Euro steigen.“ Tröstet euch, Freunde der Arbeiterklasse: So schlimm wird's nicht kommen.)

## II

Wie bei jeder gesellschaftlichen Bewegung sind auch bei der Bewegung für ein BGE sehr verschiedene Kräfte am Werk:

a) **Arbeitslose Lohnabhängige**, denen es nicht ums Faulenzen geht, wie diese degenerierten „revolutionären Sozialisten“ meinen, sondern darum, eine Erhöhung der Leistungen zu erreichen und staatliche Schikane und Unterdrückung zu beenden.

Was sie eigentlich wollen, ist **Bezahlung der Arbeitslosigkeit durch den Staat**.

b) **Einzelne Politiker und Unternehmer**, wie der ehemalige thüringische Ministerpräsident Althaus oder der Drogerie-Unternehmer Götz Werner (der sich dafür als Philanthrop feiern lässt).

Die machen eine andere Rechnung auf:

Unterdrückung und Schikane kosten auch Geld. Sachbearbeiter, Kontrolleure, „Fallmanager“ und Sicherheitspersonal müssen bezahlt werden. Die Arbeitslosenjauche musste bisher mittels 1-Euro-Jobs und Pseudo-Bildungsmaßnahmen ständig gerührt werden, damit sie nicht zu gären beginnt. Dabei ist wirtschaftlich der „Fallmanager“ genauso überflüssig wie sein arbeitsloser „Kunde“.

Bislang war es „uns“ das wert, denn Arbeitslosigkeit soll individualisiert werden: Du bist zu dumm, zu faul, zu unpünktlich, zu ungeschickt, zu ungepflegt usw. Eine (im Computerzeitalter eigentlich anachronistische) Bewilligungsbürokratie soll Anspruchsberechtigte zusätzlich abschrecken.

Wo aber ganze Nachbarschaften jahrelang von Hartz IV leben, da kann man nicht mehr individualisieren. Der ganze Bewilligungs- und Kontrollapparat ist dann nur noch teuer. Und „Missbrauch des Systems“ durch überarbeitete/ korrupte Sachbearbeiter und/ oder

erfahrene Leistungsbezieher lässt sich ja ohnehin nicht vermeiden.

Man könnte also viel Geld sparen, wenn man den Leuten einfach gäbe, was man ihnen ohnehin geben muss, wenn man sie nicht umbringen oder in die Mongolei schicken kann.<sup>2</sup> Ein BGE könnte auf längere Sicht die Sozialversicherungen überflüssig machen und die Kosten der Arbeit weiter senken. Dadurch würde ein alter Unternehmertraum endlich wahr. Dabei stünden die Unternehmer einmal nicht als reaktionäre mittelständische Dumpfbacken da, sondern als Befreier. Und wenn das BGE nur bescheiden genug ausfiele, hätte es auch keine negativen Auswirkungen auf die Arbeitsmoral.

### **Einwand**

*„Bezahlung der Arbeitslosigkeit durch den Staat“ - das ist so etwas wie „Strom aus der Steckdose“*

### **Antwort**

„Strom aus der Steckdose“ - damit ist wohl der alte Witz gemeint: „Atomstrom? - Brauchen wir nicht, bei uns kommt der Strom aus der Steckdose.“

So naiv ist Bezahlung der Arbeitslosigkeit durch den Staat aber gerade nicht: Die öffentliche Hand zahlt schließlich selbst unter heutigen Krisenbedingungen schon 40 bis 50 Prozent des Einkommens — ganz einfach weil anders die physische Existenz der Sozialfälle nicht zu erhalten ist. Früher (in den siebziger Jahren) hat der Staat mal sechzig bis siebenzig Prozent gezahlt, und linke Sozialdemokraten und die Gewerkschaften forderten damals eine Erhöhung auf 80 Prozent. (Und damals waren die Löhne noch wesentlich höher!) Lohnfortzahlung bei Arbeitslosigkeit würde die Kosten der Arbeitslosigkeit verdoppeln oder verdreifachen. Das ist viel, aber keineswegs utopisch. Der „utopische“ Charakter einer solchen Forderung **„WEIST NICHT AUF IHRE UNVERWIRKLICHBARKEIT HIN, SONDERN AUF DIE GEWALT DER KRÄFTE, DIE IHRER VERWIRKLICHUNG ENTGEGENSTEHEN.“** (Herbert Marcuse)

### **Einwand**

*Auch wenn das Gesellschaftsprodukt unter kapitalistischen Bedingungen produziert wird, ist es ein Arbeitsprodukt, gesellschaftlicher Reichtum. Und Transferleistungen werden durch die Arbeiterklasse ermöglicht – durch die Arbeitsleistung – nicht durch das „Kapital“.*

*Die Grundlage für das BGE ist die Arbeitsleistung der (Lohn)arbeit. Darum wird es immer einen Abstand von Erwerbsarbeit und Transferleistung geben. Das eine ist nämlich die Grundlage fürs andere.*

*Auch Sozialtransfers müssen erst mal erwirtschaftet werden. Man kann nur das verteilen, was auch produziert wird.*

### **Antwort**

1. Was Lohnabhängige für sich produzieren, das ist ihr Lebensunterhalt. Da gibt es nichts zu verteilen.

Was Lohnabhängige für den Unternehmer produzieren, das ist Kapital, und das wird weder

---

<sup>2</sup>Literarisch wurde diese Möglichkeit schon durchgespielt. In dem Roman „Die Schule der Arbeitslosen“ von J. Zelter werden Langzeitarbeitslose nach Sierra Leone deportiert.

gerecht noch ungerecht verteilt, sondern **gar nicht**.

Egal für wen oder wieviel sie arbeiten: Lohnabhängige produzieren keinen „gesellschaftlichen Reichtum“, sondern privaten Reichtum.

2. Der arbeitslose Sozialfall kriegt sein Geld weder von den „Arbeitenden“, noch von der „Solidargemeinschaft“ noch von der „Gesamtgesellschaft“, oder wie die Abstraktionen alle lauten, sondern vom **Staat**.

Der Staat freilich finanziert sich durch Steuern, und sogar in erster Linie durch die Steuern der Lohnabhängigen. (Die andern zahlen zwar auch Steuern, aber sie haben die Möglichkeit, sie zu vermeiden, „die Steuerlast zu reduzieren“.)

Auch wenn das Geld des Staates von den Steuern der Lohnabhängigen stammt, ist es nicht mehr das Geld der Lohnabhängigen, eben weil es Geld des Staates ist.<sup>3</sup>

Der Staat ist es, der auf Kosten der Arbeiter lebt, nicht die Arbeitslosen.

Was die arbeitslosen Sozialfälle von ihm kriegen, ist im besten Fall das amtlich festgestellte Existenzminimum, normalerweise aber nur ein Teil davon. Und das ist es, was die „Revolutionären Sozialisten“ als „gesellschaftlichen Reichtum“ bezeichnen!

Freilich könnte der Staat mit dem Geld, das er für Hartz IV-Empfänger und andere Sozialfälle ausgeben muss, viel Gutes tun, z. B. Straßen, Kindergärten, Gefängnisse, Schulen, Polizeikasernen bauen, Panzer kaufen, überall auf der Welt die Menschenrechte verteidigen und den Befreiungskampf nationaler Minderheiten unterstützen. (Die „revolutionären Sozialisten“ haben bestimmt noch weitere Vorschläge.)

3. Der Staat ist nicht die Verkörperung der Gesamtgesellschaft, sondern der geschäftsführende Ausschuss der herrschenden Klasse.

### **Einwand**

*Wenn du den Staat als bürokratische „Maschine“ meinst hast du absolut recht die Gießkanne muss aber erst erARBEITet werden*

### **Antwort**

1. Der „Staat als bürokratische Maschine“ ist nur die andere Seite des Staates als Wohltäter und Beschützer der Schwachen, wie man früher sagte, oder Verteiler des „gesellschaftlichen Reichtums“, wie du das vermutlich siehst.

2. Dass die diversen Sozialfälle auf Kosten der Arbeitenden leben und nicht auf Kosten des Staates ist einfach falsch.

Die staatliche Propaganda tut natürlich einiges dafür, bei den Minderbemittelten ein Bewußtsein zu schaffen, dass „Transferleistungen erst erwirtschaftet werden müssen.“

Deshalb fordern Lohnabhängige, die objektiv zum Staat im selben Verhältnis stehen wie die Kuh zur Landwirtschaft, „sparsamen Umgang mit unseren Steuergeldern“ und andere Narreteien.

---

<sup>3</sup>So wie das Schutzgeld (das ja nichts anderes als eine „private“ Steuer ist), das die Mafia von einem Pizzabäcker erpresst hat, nicht mehr das Geld des Pizzabäckers, sondern eben der Mafia ist. Würde jener Pizzabäcker von der Mafia verlangen, „sein“ Geld nicht sinnlos zu verjubeln, sondern sinnvoll zu investieren, dann hätte es die Mafia von der privaten zur *öffentlichen Gewalt*, das heißt zum *Staat* gebracht. Wie man hört, ist man in Südamerika mancherorts nicht weit von diesem Zustand entfernt.